

Anno ... 24. Woche

1878, 13. Juni–13. Juli: In Berlin kommen die europäischen Großmächte Frankreich, Österreich-Ungarn, Italien, Großbritannien, Deutschland und Rußland sowie Vertreter des Osmanischen Reiches unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Otto von Bismarck zur Regelung der Gebietsfragen nach dem russisch-türkischen Krieg zusammen. Der Balkan wird in Einflußzonen der europäischen Großmächte aufgeteilt: Unabhängigkeit für Serbien und Montenegro, Autonomie für das Fürstentum Bulgarien bei Verbleib im Osmanischen Reich, Bosnien und Herzegowina werden von Österreich übernommen, Bessarabien (Moldaugebiet) sowie Gebiete um Batum und Kars und Teile Armeniens von Rußland, Großbritannien übernimmt Zypern. Mazedonien und Westthrazien bleiben Teil der Türkei.

1958, 15. Juni: Im Hans-Sachs-Haus in Gelsenkirchen kommen rund 1 000 Persönlichkeiten zusammen und konstituieren den »Ständigen Kongreß aller Gegner der atomaren Aufrüstung«. Diese Einrichtung der Opponenten der Atombewaffnung in Westdeutschland proklamiert »mit allem Nachdruck das Recht des Bürgers der Bundesrepublik, über Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes in unmittelbarer Abstimmung zu entscheiden. Er ruft zum Widerstand auf gegen die Nichtbeachtung der im Grundgesetz der Bundesrepublik verbrieften Rechte des Volkes durch die derzeitige Bundesregierung und Bundestagsmehrheit.« Der Kongreß wählt ein 70köpfiges Präsidium – darunter auch die Studentin Ulrike Meinhof. SPD und DGB distanzieren sich von der Friedensbewegung mit dem »Argument«, sie sei kommunistisch gelenkt.

1963, 14. Juni: Brief des ZK der KP Chinas an das ZK der KPdSU mit dem »Vorschlag für die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung«. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den beiden kommunistischen Parteien. Vor dem Hintergrund des zweiten Vietnam-Krieges stritten sich beide Seiten um Wiederherstellung bzw. Neubegründung der kommunistischen Bewegung.

Die sowjetische Seite fordert die »Wiederherstellung auf der bewährten Basis des proletarischen Internationalismus der 50er Jahre«, also auf die Wiederherstellung der Führungsrolle der KPdSU und die Übertragung dieses zentralistischen Prinzips auf die staatlichen Beziehungen innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Die chinesische Seite orientiert hingegen auf eine »Neubegründung«. Die KP Chinas fordert eine internationale Debatte ihres 25-Punkte-Papiers und macht Korrekturen der sowjetischen Politik in einer Reihe von Grundfragen zur Bedingung für die Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen, darunter die Beendigung der, aus chinesischer Sicht, »prinzipienlosen friedlichen Koexistenz mit dem US-Imperialismus«.

<https://www.jungewelt.de/artikel/106804.anno-24-woche.html>